

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Die politisch organisierte Altersarmut verhindern - Generationengerechtigkeit herstellen und den deutschen Sozialstaat gestalten!

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag sieht in der zunehmenden Altersarmut die direkte Folge einer verfehlten Bevölkerungs- und Sozialpolitik.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich unverzüglich auf Bundesebene für einen radikalen Umbau des Rentenversicherungssystems mit den folgenden Maßgaben einzusetzen:
 - a) Schaffung einer einheitlichen, beitragsgerechten Rentenkasse für alle Erwerbstätigen;
 - b) eine Grundrente (Volksrente) für alle deutschen Staatsangehörigen. Diese Grundrente hat das Existenzminimum zu sichern und ist vor allem auch zur Verhinderung der Altersarmut von Frauen eine sozialpolitische Pflicht;
 - c) Einführung eines Kinderbonus, gestaffelt nach der Kinderzahl, der die Leistung der Eltern für das Allgemeinwohl würdigt;
 - d) Beendigung der Rentenungerechtigkeit in Deutschland. Die bundesweite Rentengleichung ist eine sozialpolitische Pflicht.
3. Der Landtag erkennt an, dass über die umfassende Umgestaltung des Rentenversicherungssystems hinaus umfangreiche Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, um Armutslöhne zu unterbinden, sowie im Bereich der Familienpolitik, hin zu einer geburtenfördernden sowie familien- und kinderbejahenden Bevölkerungspolitik, für die Zukunft Deutschlands und somit Mecklenburg-Vorpommerns zwingend erforderlich sind.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Ein Aufschrei ging Anfang September 2012 durchs Land: „Normalverdienern droht Altersarmutsfalle“ oder „70 Prozent der Ostdeutschen droht Altersarmut“ titelten die Medien im Land. Offenbar um die Aufmerksamkeit für die von ihr geforderte Zuschussrente zu erhöhen, gab die Bundesarbeitsministerin öffentlich zu, dass das Armutsrisiko künftiger Rentner erheblich höher als bislang zugegeben ist. Das Solidarprinzip wird durch das Handeln der politischen Klasse seit Jahren ad absurdum geführt.

So werden den Berechnungen nach ein durchaus hohes Bruttomonatsgehalt von 2.500,00 Euro und 35 Beitragsjahre nur dazu reichen, ab dem Jahre 2030 eine Monatsrente auf Sozialhilfe-Niveau in Höhe von 688,00 Euro zu beziehen. Mehr als 36 Prozent aller Rentner werden in wenigen Jahren in Armut leben.

Dass weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft und auch vielen Selbstständigen in Deutschland die Altersarmut droht, ist seit vielen Jahren ein offenes Geheimnis, wird aber, wie so vieles in dieser Republik, verharmlost oder gar verschwiegen.

Ein radikaler Umbau des Rentenversicherungssystems und eine radikale Änderung in der Arbeitsmarkt-, Familien- und Wirtschaftspolitik sind heute erforderlicher denn je!